



Per Fax: +49-7621-408-180

An
Herrn Wolfram Lorenz
Direktor des Amtsgericht
Amtsgericht Lörrach
Bahnhofstraße 4
79539 Lörrach

17.03.2014

ERINNERUNG: DRINGENDE PRESSEANFRAGE

Sehr geehrter Herr Wolfram Lorenz

Leider erhielten wir noch keine Antwort auf unsere Presseanfrage vom 28.02.2014 und bitten um dringende Rückmeldung, wir baten um folgende Informationen für eine Veröffentlichung im geschichtlichen Zusammenhang, hier geht es u. a. um die Rolle des Amtsgericht Lörrach im sog. „Dritten Reich“, d. h. während der Jahre 1933-1945, sowie um die Anwendung von Gesetzen aus dieser Zeit bis zum heutigen Tag:

Hintergrund:

Leider liegen öffentlich nicht sehr viele Informationen dazu vor, die die Rolle des Amtsgericht Lörrach während der Nazi-Herrschaft dokumentieren, leider auch nicht auf Ihrer Webseite. Im Rahmen der Aufarbeitung der deutschen Geschichte möchten wir unseren Teil dazu beitragen über diese dunkle Zeit zu berichten, auch um zu versuchen einen Vergleich der früheren „UN“-Rechtssituation zur heutigen Rechtspraxis zu ziehen. Wir wären daher sehr verbindlich, wenn Sie uns dazu Informationen, Quellen verfügbar machen, resp. Einsicht in „alte Unterlagen“ gewähren würden. Die Öffentlichkeit hat ein Anrecht auf lückenlose Aufarbeitung dieser Zeit.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch über die Anwendung diverser Gesetze aus früherer deutscher Geschichte, hier speziell aus der Zeit des sog. „Dritten Reiches“ berichten, die offenbar auch in Lörrach immer noch Anwendung finden.

Hier nun hätten wir konkret folgende Fragen:

1. Haben Sie eine Liste bzw. Informationen zu den zuständigen Richter des Amtsgericht Lörrach in der Zeit von 1933-1945 ?
2. Wurden von 1933-1945 durch das Amtsgericht Lörrach Todesurteile gefällt?
3. Wenn ja, wie war der Anteil dieser, sofern eruierbar, z. B. an Menschen jüdischen Glaubens, anderer Volks-/Sozialgruppen?
4. Wurden in dieser Zeit (33-45) Pfändungs- und Einziehungs-Beschlüsse von Vermögen dieser

Contact/Kontakt: Wake News (C) Redaktion Detlev Hegeler, Postfach 267, CH-4005 Basel
G.N.S. Press Association, Basel Office, Tel. (+41) 076-544.65.65
<http://wakenews.net> redaktion@wakenews.net

In weltweiter Kooperation u.a. mit **G.N.S. Press Association, ICRN-Radio Network UK, UWS Radio U.S.A. Mylène-FM.net – Radio Canada, Yoice.Net Germany, OYM-Radio Ireland**



oder anderer, z. B. Menschen jüdischen Glaubens oder anderer durch das AG Lörrach vorgenommen und umgesetzt?

5. Gibt es noch vorliegende Untersuchungsberichte (oder andere Informationen) der alliierten Besatzungsmächte über die Strafverfolgung von Nazi-Anhängern, ehemaliger Richter des AG Lörrach aus der Nachkriegszeit?

Nach uns vorliegenden Informationen, die i. Ü. offenkundig sind, handelt es sich bei folgenden Gesetzen/Verordnungen, die u. a. auch beim Amtsgericht Anwendung finden, um Gesetze aus der Zeit des sog. „Dritten Reiches“, hier die Beispiele:

Die JBeitro (Justizbeitreibungsordnung), welche im täglichen Gebrauch, bei Gerichtsvollziehern Anwendung findet. Auszug:

“(1) Nach dieser Justizbeitreibungsordnung werden folgende Ansprüche beigetrieben, soweit sie von Justizbehörden des Bundes einzuziehen sind:

1. Geldstrafen und andere Ansprüche, deren Beitreibung sich nach den Vorschriften über die Vollstreckung von Geldstrafen richtet;

2. gerichtlich erkannte Geldbußen und Nebenfolgen einer Ordnungswidrigkeit, die zu einer Geldzahlung verpflichten;

2a. Ansprüche aus gerichtlichen Anordnungen über den Verfall, die Einziehung oder die Unbrauchbarmachung einer Sache;

2b. Ansprüche aus gerichtlichen Anordnungen über die Herausgabe von Akten und sonstigen Unterlagen nach § 407a Abs. 4 Satz 2 der Zivilprozeßordnung;

3. Ordnungs- und Zwangsgelder;

4. Gerichtskosten;

.....“

(Quelle: <http://www.buzer.de/gesetz/5806/a79514.htm>)

Dabei fällt folgendes auf und zwar die Eingangsformel, Zitat:

“Auf Grund des Artikels 5 des Ersten Gesetzes zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich vom 16. Februar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 91) in Verbindung mit Artikel VII des Zweiten Gesetzes zur Änderung der Rechtsanwaltsordnung vom 13. Dezember 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1470) wird folgendes verordnet: ... “ (Quelle: <http://www.gesetze-im-internet.de/jbeitro/eingangsformel.html>)

Zitat Ende.

Spätestens seit der Potsdamer Konferenz ist es verboten NSDAP-Gesetze anzuwenden. Jedoch geschieht dies offenbar jeden Tag in der BRD, ” im Namen des Volkes” , mit und durch sog.

Contact/Kontakt: Wake News (C) Redaktion Detlev Hegeler, Postfach 267, CH-4005 Basel
G.N.S. Press Association, Basel Office, Tel. (+41) 076-544.65.65
<http://wakenews.net> redaktion@wakenews.net

In weltweiter Kooperation u.a. mit **G.N.S. Press Association, ICRN-Radio Network UK, UWS Radio U.S.A. Mylène-FM.net – Radio Canada, Yoice.Net Germany, OYM-Radio Ireland**



“Volksvertreter”.

Ich möchte folgendes Zitat einfügen:

“Die auf der Potsdamer Konferenz beschlossene Entnazifizierung wird von den Alliierten umfassend in Angriff genommen: Die NSDAP und alle ihre Unterorganisationen werden verboten, alle NS-Gesetze aufgehoben, und jegliche Erinnerungen an das “Dritte Reich” wie zum Beispiel Straßenschilder, Bücher, Uniformen und Orden müssen aus der Öffentlichkeit verschwinden. Gegen die Spitzen des NS-Regimes wird seit dem 20. November 1945 vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg verhandelt....”

(Quelle: <http://www.hdg.de/lemo/html/Nachkriegsjahre/DieAlliierteBesatzun/en...>)

Wie kann es dann sein, dass selbst noch im Jahre 2014 NAZI-Gesetze Anwendung finden? Siehe Ausfertigungsdatum JBeitrO 11.03.1937 , wenn ich mich nicht verlese ist dies eindeutig zur “Blüte Zeit” der NSDAP, ausgegeben und angefertigt worden.

Erschreckend ist hier diese Feststellung (Zitat aus: <http://www.taz.de/!114913/>)

...nach Auskunft des Bundesjustizministeriums noch 29 NS-Gesetze auf Bundesebene unmittelbar gültig. Zudem wurde bei vielen umformulierten Gesetzen „die Rechtssubstanz im Wesentlichen beibehalten“, sagt der Bremer Staatsrechtler Dian Schefold. Gab es nach dem Krieg keine Diskussion um eine juristische „Stunde Null“, eine pauschale Aufhebung aller im NS-Staat gesetzten Rechtsnormen? „Durchaus“, sagt Schefold – „allerdings kaum unter Juristen.“ Denn die seien in ihrer großen Mehrheit selbst Teil der NS-Justiz gewesen.

Und hier

Eine kleine Aufstellung:

- Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (vom 15. Mai 1935, am 17.05.1935 verkündet) Laut BGBl. III / FNA 102-1/1 in der “ BRD” gültig
- Gesetz über die Auflockerung der Kündigungstermine bei Mietverhältnissen über Wohnräume (vom 24. März 1938, RGBl I 306)
- Gesetz über die Haftpflicht der Eisenbahnen und Straßenbahnen für Sachschaden (vom 29. April 1940, RGBl I 691)
- Bekanntmachung Änderung des Luftverkehrsgesetz vom 1. August 1922 (vom 27.09.1938, RGBl I 1246)
- Viertes Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes (vom 26.1.1943, RGBl I 69)
- [Einkommensteuergesetz vom 24. Oktober 1934](#) (RGBl. I S. 1005) Neubekanntmachung vom 8. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3366, ber. S. 3862)

Contact/Kontakt: Wake News (C) Redaktion Detlev Hegeler, Postfach 267, CH-4005 Basel
G.N.S. Press Association, Basel Office, Tel. (+41) 076-544.65.65
<http://wakenews.net> redaktion@wakenews.net

In weltweiter Kooperation u.a. mit **G.N.S. Press Association, ICRN-Radio Network UK, UWS Radio U.S.A. Mylène-FM.net – Radio Canada, Voice.Net Germany, OYM-Radio Ireland**



- Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiete der Rechtsberatung (“Rechtsberatungsgesetz”) vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I, S. 1478)
- [Justizbeitreibungsordnung vom 11. März 1937](#) (RGBl. I S. 298) in der ” BRD” gültig als Bundesrecht – (BGBl. I S. 2258, 2270)
- [Gewerbsteuergesetz vom 1. Dezember 1936](#) (RGBl. I, S. 979), wird auch heute noch vollstreckt (Ergänzung von TS)
- [Gesetz über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung \(Heilpraktikergesetz\)](#) vom 17.02.1939, bis heute unverändert in Kraft!

Sie werden verstehen, dass die Öffentlichkeit die Wahrheit über diese Hintergründe und Situation des heutigen Rechtswesen erhalten muss, vor allem fragen wir uns im Zusammenhang mit der geschichtlichen Aufarbeitung, **FRAGE:** ob Sie, Ihre Kollegen, Ihre Mitarbeiter dies realisieren und was sie alle dagegen unternehmen, dass „Nazi-Gesetze“ **keine Anwendung mehr in der heutigen Zeit finden dürfen?**

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir eine Kopie dieser PRESSEANFRAGE auch an die Öffentlichkeit bringen werden.

Wir verweisen – nur der Ordnung halber – auf das Presseauskunftsrecht gem. BRD-Presserecht, Landespressegesetz BW, sowie das IFG (Informationsfreiheitsgesetz) und das EU-Presserecht.

Bitte dringend beantworten!

Für die Bearbeitung und Beantwortung bis zum 14.03.2014 möchten wir uns schon jetzt bei Ihnen bedanken, da wir i. d. Woche vom 17.03.2014 ausführlich darüber berichten möchten.

mit freundlichen Grüßen

Yours sincerely

Detlev Hegeler, Redaktion

Contact/Kontakt: Wake News (C) Redaktion Detlev Hegeler, Postfach 267, CH-4005 Basel
G.N.S. Press Association, Basel Office, Tel. (+41) 076-544.65.65
<http://wakenews.net> redaktion@wakenews.net

In weltweiter Kooperation u.a. mit **G.N.S. Press Association, ICRN-Radio Network UK, UWS Radio U.S.A. Mylène-FM.net – Radio Canada, Yoice.Net Germany, OYM-Radio Ireland**